



# IRREGULÄRE MIGRATION IN DEUTCHLAND CLANDESTINO



## *Counting the Uncountable: Data and Trends across Europe*

Studienzusammenfassung

Dezember 2008

### ECKPUNKTE

#### *Fakten und Zahlen*

- Deutschland ist dafür bekannt, dass seine Regierung eine strenge Migrationskontrolle befürwortet und Legalisierungsmaßnahmen ablehnt.
- Trotz dieser eindeutigen politischen Position lebt eine beträchtliche Anzahl irregulärer Zuwanderer in Deutschland. Hinweise und Informationen bieten nicht nur Untersuchungen zur sozialen Lage von und zum politischen Umgang mit irregulären Migranten, sondern auch statistische Darstellungen.
- Die jüngste Expertenschätzung stammt von 2004 nach der Aufnahme von zehn neuen EU-Mitgliedstaaten und geht von 500 000 bis 1 Million Menschen ohne Aufenthaltstitel aus.

#### *Qualität der in der Literatur genannten Schätzzahlen*

- Insbesondere die Veröffentlichungen staatlicher Behörden (Länderpolizei, Bundespolizei, Hauptzollverwaltung) und Wohlfahrtsverbänden beinhalten in mehr oder weniger offener und transparenter Weise Spuren irregulärer Migration.
- Die Qualität der quantitativen Informationen ist jedoch oft gering. Die Umstände der Datenerhebung werden in der Regel nicht verdeutlicht. Die verwendeten Begriffe und Kategorien können oft nicht eindeutig definiert und voneinander abgegrenzt werden. Die Unterscheidung zwischen Fall- und Personenstatistik ist nicht immer klar. Der Austausch zwischen Behörden kann zu mehrfacher Erfassung führen.
- Nur wenige Wissenschaftler beschäftigen sich mit dem Problem der quantitativen Schätzung irregulärer Migration und diskutieren Ansätze und Methoden für eine systematische Schätzungen.

#### *Die wichtigsten Wege in einen irregulären Aufenthalt*

- Der Kenntnisstand über die Wege in einen irregulären Aufenthalt ist noch gering. Bis 2004 waren illegaler Aufenthalt und unangemeldete Beschäftigung im Anschluss an eine visumsfreie Einreise wahrscheinlich das quantitativ bedeutsamste Muster; seitdem haben andere Formen wie die Visumsüberziehung oder die illegale Einreise ohne erforderliche Dokumente relativ an Bedeutung zugenommen hat.

#### *Maßgebliche Politiken*

- Die Zuwanderungspolitik wird von der Vorstellung dominiert, dass eine großzügigere Zulassung von Migration erst dann möglich ist, wenn die Integration der bereits im Lande lebenden Zuwanderer erfolgt ist.
- Die Umsetzung des neuen Zuwanderungsrechts zielt nach wie auf Einschränkung oder Verhinderung der dauerhaften Zuwanderung aus Drittstaaten und bietet vor allem Möglichkeiten für einen zeitlich befristeten Aufenthalt.
- Gegenüber unerwünschter Zuwanderung wird vorrangig eine Politik der Abwehr, Nicht-Integration und Rückführung verfolgt.

#### *Schlussfol- gerungen – Empfehlungen für die politische Debatte*

- Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, des Arbeitskräftebedarfs und der zunehmenden transnationalen Familienstrukturen wird die weitere Entwicklung der irregulären Zuwanderung von der zukünftigen Gestaltung der Zuwanderungspolitik abhängen.
- Wenn die politisch Verantwortlichen trotz eines ansteigenden Bedarfs nach legalen Zuwanderungsmöglichkeiten mit einer restriktiven Politik fortfahren, wird Deutschland mit zunehmender irregulärer Zuwanderung konfrontiert sein. Damit wird eine Kluft zwischen dem erklärten politischen Ziel restriktiver Einwanderungspolitik und der gesellschaftlichen Wirklichkeit irregulärer Zuwanderung entstehen, die zu hitzigen Debatten mit fremdenfeindlichen Tonlagen Anlass geben wird.
- Eine aufgeklärte Zuwanderungspolitik würde nicht stets der Migrationskontrollle Priorität einräumen, sondern auf die Interessen der an der irregulären Migration beteiligten Akteure eingehen. Die Suche nach pragmatischen Lösungen würde sich für Migranten und die Aufnahmegesellschaften günstiger auswirken als die Nutzung der Migrationskontrollproblematik als ideologisches Kampffeld.



CLANDESTINO

<http://www.eliamap.gr/en/category/migration/>

## DIE STUDIE

*Zu irregulärer Migration kursieren verschiedenste Zahlen und Schätzungen unter ExpertInnen, Behörden, PolitikerInnen und JournalistInnen. Meist fehlen jedoch klare Angaben über die Quelle der Schätzung, die Schätzmethodik und ihren konkreten Gehalt. Während derartige Schätzungen also häufig jeder seriösen Grundlage entbehren, ist ihr Zweck recht eindeutig, nämlich ein politischer — gleich ob damit Kritik an der politischen Regulierung von Migration geübt wird und Forderungen nach einer Legalisierung von irregulären MigrantInnen erhoben werden oder vielmehr verstärkte Kontrollen und Maßnahmen gegen irreguläre MigrantInnen gefordert werden..*

*Vor diesem Hintergrund unternimmt die vorliegende Studie eine Bestandsaufnahme und kritische Evaluation vorhandener Daten und Schätzungen zu irregulärer Migration, insbesondere hinsichtlich der Verlässlichkeit und Validität vorhandener Daten. Die Studie untersucht überdies, warum und wie MigrantInnen in die Irregularität geraten bzw. welche Möglichkeiten es für irreguläre MigrantInnen gibt, einen legalen Aufenthaltsstatus zu erlangen. Zudem untersucht die Studie auch den rechtlichen Rahmen in Bezug auf irreguläre Migration und unternimmt eine kritische Evaluation einschlägiger staatlicher Maßnahmen..*

## Die Migrations-situation in Deutschland

Die aktuelle Migrationssituation in Deutschland ist durch eine Vielzahl unterschiedlicher Zuwanderungsformen in Vergangenheit und Gegenwart bestimmt. In den letzten sechs Jahrzehnten nahm Deutschland nicht nur ausländische sondern auch eigene Staatsangehörige als Zuwanderer auf. Zu den wichtigsten Zuwanderungskategorien zählen die zwischen 1955 und 1973 als „Gastarbeiter“ angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte sowie seit 1973 die Familienangehörigen; die Aussiedler seit den 1950er Jahren, zunächst vor allem aus Polen und Rumänien und später aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion; jüdische Kontingentflüchtlinge aus Russland seit 1990; die überwiegend widerwillige Aufnahme von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Bürgerkriegsflüchtlingen seit den späten 1970er Jahren; die für einen befristeten Aufenthalt zugelassenen Studierenden sowie Wanderarbeiter. In der Gesamtheit führten diese Zuwanderungen dazu, dass in Deutschland heute etwa 16 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben, und der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung knapp 9 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt.

Aber eine ausschließliche Betrachtung der Einwanderung würde ein verzerrtes Bild der gegenwärtigen Migrationssituation in Deutschland vermitteln. Denn der Zuwanderung nach Deutschland stand immer auch eine Abwanderung gegenüber, die in den letzten zehn Jahren sogar zu einem annähernd ausgeglichenen Migrationssaldo führte. Eine Betrachtung der registrierten Ein- und Ausreisen über die Grenzen im Zeitraum 1991-2007 zeigt, dass die Nettozuwanderung seit 2004 stark zurückging und in den Jahren 2005 und 2006 bei unter 50.000 lag.

Zurzeit nimmt Deutschland viele zeitlich befristete Zuwanderer, aber nur wenig dauerhafte Einwanderer auf. Dieser Sachverhalt ist das Ergebnis einer bewusst verfolgten Politik der Verhinderung dauerhafter Einwanderung und einer bevorzugten Zulassung nur befristet beschäftigter Arbeitsmigranten sowie einer Rückführung unerwünschter Migranten. Die niedrige Nettozuwanderung kann auch angesehen werden als Ausdruck einer geringen wirtschaftlichen und sozialen Anziehung Deutschlands, das für Migranten nicht mehr so attraktiv ist wie in vorhergehenden Jahrzehnten. Zu einem gewissen Maß ist die niedrige Zahl der Nettozuwanderung aber auch ein Hinweis, dass Migranten, die aufgrund der strengen Zuwanderungsregeln keine Chance auf eine legale Zuwanderung sehen, die Nebeneingänge und Hintertüren irregulärer Zuwanderung benutzen.

## Umfang und demografische Zusammensetzung der irregulären Migration

Der Wissensstand zum Umfang und zur Zusammensetzung der irregulären Zuwanderung in Deutschland ist bruchstückhaft. Ein Gesamtbild wird dadurch getrübt, dass die Kategorien in den quantitativen und qualitativen Daten sehr uneinheitlich gebraucht werden. Ein weiteres Problem ergibt sich dadurch, dass der Begriff irregulärer Migrant (oder illegaler Zuwanderer) in einigen Zusammenhängen nicht nur Drittstaatsangehörige, sondern auch EU-Bürger mit einschließt. Weiterhin werden in den Angaben zur illegalen Ausländerbeschäftigung auch Personen aufgeführt, die einen legalen Aufenthalt besitzen. Aufgrund der Datenübermittlung zwischen den Kontrollbehörden enthalten Statistiken auch Doppelzählungen. Daher erfordern die vorhandenen Informationen eine sorgfältige methodische Einschätzung und ermöglichen doch nur eine Annäherung.

Eine Betrachtung der Daten zu illegalen Einreisen zeigt, dass Deutschland bis 1998 einen Anstieg der irregulären Zuwanderung mit einer Spitze von 40.201 angezeigten irregulären Einreiseversuchen erlebte. Seitdem war die Zahl trotz des kontinuierlich verschärften Grenzschutzes aber auf 17.962 festgestellte irreguläre Einreisen im Jahr 2006 zurückgegangen. Einen vergleichbaren Trend zeigen die behördlichen Daten über festgestellte illegale Aufenthalte. Die Zahl der Fälle festgenommenen ausländischen Tatverdächtigen ohne regulären Aufenthaltsstatus war bis 1998 auf die Spitze von 140.779 angestiegen, ist seitdem aber auf 64.605 Fälle im Jahr 2006 zurückgegangen. Beide Datensätze bieten Hinweise, dass die irreguläre Zuwanderung seit 1998 zurückgegangen ist und sich seitdem auf einem – im Vergleich zu anderen europäischen Staaten - eher bescheidenem Niveau stabilisiert hat.

Alles in allem ist der Wissensstand über die nationale Zusammensetzung der irregulären Zuwanderung lückenhaft und nicht eindeutig. Die Daten der Bundespolizei vermelden als wichtigste Herkunftsländer der 17.962 irregulär eingereisten Migranten im Jahr 2006 die Länder Rumänien (2.459 Fälle), Ukraine (1.640), Serbien und Montenegro (1.598), Türkei (1.253), Russland (1.113), , China (1.026), Irak (1.0003), Bulgarien (547), Indien (403), Weißrussland (332), Moldawien (306) und viele weitere

Nationalitäten. Bei den insgesamt 39.972 ausländischen Tatverdächtigen ohne legalen Aufenthaltsstatus nennt das Bundeskriminalamt als wichtigste Herkunftsländer die Türkei (4.982 Personen), Rumänien (4.360), Bulgarien (2.732), Serbien und Montenegro (2.718), Russland (2.215), Ukraine (2.197), China (1.597), Vietnam (1.481), Irak (719), Indien (958). Die Aufzählung von EU-Mitgliedsländern (Rumänien, Bulgarien), deren Bürger die Freizügigkeit genießen, verweist darauf, dass die Situation durch die Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen und politischer und ökonomischer Situationen in Herkunftsländern einem dynamischen Wandel unterliegt. Die Informationen deuten an, dass es einen Zusammenhang zwischen lokalen oder regionalen gewaltsamen Konflikten und der Zunahme irregulärer Migration aus diesen Gegenden besteht. Qualitative Studien zeigen, dass zusätzlich zu den in den Statistiken genannten Hauptherkunftsländern auch irreguläre Migranten aus lateinamerikanischen Ländern (Brasilien, Ecuador), Afrika (Ghana, Kamerun) und Asien (Philippinen) in Deutschland leben. Alle verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass die große Mehrheit irregulärer Migranten zwischen 20 und 40 Jahren alt ist, dass aber auch Kinder und ältere Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Die meisten irregulären Migranten verdienen sich den Lebensunterhalt durch Arbeit in der Schattenwirtschaft. Sie üben informelle Jobs aus, die für ortsansässige Arbeitskräfte nicht attraktiv sind, weil die angebotene Bezahlung für eine anstrengende, dreckige oder ungesunde Beschäftigung zu ungünstigen Arbeitszeiten zu niedrig ist. Irreguläre Migrantinnen und Migranten arbeiten unter anderem als Kinderbetreuerin, Putzkraft, Erntehelfer, Alten- oder Krankenpfleger; Bauarbeiter, Tanz- oder Sprachlehrer, Handwerker, Bedienung, Küchenhilfe, Zimmermädchen, Gärtner, Sexarbeiter oder Maler. Insgesamt ist der Anteil der irregulären Migranten an der Schattenwirtschaft im Vergleich zu ortsansässigen Arbeitskräften relativ niedrig. Es bestehen aber Konzentrationen in bestimmten Wirtschaftsbereichen wie dem Baugewerbe, dem Restaurant- und Hotelgewerbe, dem Handwerk oder haushaltsnahen Dienstleistungen.

Da ortsansässige Arbeitskräfte durch informelle Beschäftigung arbeitslos werden können, richten sich öffentliche Aufmerksamkeit und Ängste auf diese Bereiche. Aufgrund der engen Zusammenarbeit von Kontrollbehörden und dem Datenaustausch ist es kaum möglich, dass sich irreguläre Migranten bei der Sozialversicherung anmelden oder Steuern abführen können. Die rechtliche Verletzlichkeit irregulärer Migranten wird von Arbeitgebern ausgenutzt, die den ortsüblichen Lohn und die Mindestarbeitsbedingungen bei der Beschäftigung irregulärer Migranten unterschreiten und manchmal auch den Lohn für die geleistete Arbeit teilweise oder vollständig vorenthalten. Betroffene Arbeitskräfte haben die Möglichkeit, ein Arbeitsgericht anzurufen. Sie verzichten in der Regel aber auf ihr Recht aus Angst, dass ihr irregulärer Status der Polizei gemeldet wird. Auch der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist schwierig, weil irreguläre Migranten sich aus finanziellen und rechtlichen Gründen nicht bei einer Krankenversicherung anmelden können. Im Falle von Unfall oder Krankheit sind sie auf die Hilfe von Wohlfahrtsorganisationen angewiesen. Bei der Inanspruchnahme öffentlicher Hilfen müssen sie den Behörden ihren irregulären Status enthüllen. Deshalb verzögern sie einen Arztbesuch mit dem Risiko, dass anfänglich relativ leichte aber unbehandelte Erkrankungen oder Verletzungen schwerwiegend oder lebensbedrohlich werden und eine sehr viel teurere medizinische Behandlung erforderlich machen können. Die Einschulung von Kindern irregulärer Migranten ist in den meisten Bundesländern möglich, wenn durch die Vermittlung von Beratungsstellen Schuldirektoren gefunden werden, die bereit sind, den Aufenthaltsstatus des Kindes nicht zu erfassen und weiterzuleiten.

## **Wege in die und aus der Irregularität**

Der Wissensstand über die Wege in die Irregularität ist noch sehr unvollständig. Bis 2004 war wahrscheinlich der quantitativ wichtigste Weg der irreguläre Aufenthalt mit ungenehmigter Beschäftigung im Anschluss an die visumsfreie Einreise. Seitdem haben aber andere Formen wie die Visumsüberziehung oder die irreguläre Einreise relativ an Bedeutung gewonnen.

Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen unterliegen in Deutschland einem Erlaubnisvorbehalt. Nach deutschem Recht sind Einreise, Aufenthalt und Beschäftigung ausländischer Staatsangehöriger nur dann rechtmäßig (legal), wenn die geltenden aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden. Auch langjährig in Deutschland lebende Zuwanderer können aufgrund der strengen aufenthaltsrechtlichen Regelungen ihren Aufenthaltsstatus verlieren und zu irregulären Migranten werden, wenn sie der Verpflichtung zur Ausreise nicht folgen. Die Einreise wird für bestimmte Nationalitäten visumsfrei für touristische und Besuchszwecke gestattet; ansonsten durch die Erteilung eines (Schengen-)Visums für touristische und Besuchszwecke; durch Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für bestimmte Zwecke, unter anderem Studium und Ausbildung, (zeitlich befristete) Beschäftigung und Familiengründung oder –zusammenführung. Allerdings kann auch nach einer irregulären Einreise der Aufenthalt unter bestimmten Umständen nachträglich legalisiert werden, etwa durch eine Asylantrag oder eine Heirat. Grundsätzlich ist es möglich, dass ausreisepflichtige Ausländer eine Duldung erhalten können, wenn die Ausweisung oder Abschiebung wegen rechtlicher Hindernisse oder humanitärer Bedenken nicht vollzogen werden kann. Die verantwortlichen Politiker in Deutschland lehnen ansonsten Legalisierungsprogramme mit dem Argument ab, dass diese nur Anreize für weitere irreguläre Zuwanderung setzen und illegales Verhalten nicht belohnt werden dürfte. Irreguläre Einreise und Aufenthalt und die Unterstützung wird rechtlich als Straftat eingestuft und kann mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden. Die Mitarbeiter der meisten öffentlichen Stellen sind gesetzlich verpflichtet, Kenntnisse über einen irregulären Aufenthalt an die Ausländerbehörde oder Polizei zu melden, was die Ausweisung oder Abschiebung nach sich zieht.

## **Einige Schlussfol-**

Irreguläre Migration ist inzwischen seit gut drei Jahrzehnten ein Thema der politischen Diskussion. Etwa bis zur Mitte der 1990er Jahre konzentrierte sich die Debatte auf die irregulären Einreisen im

## **-gerungen für die politische Debatte**

Zusammenhang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Erst in den letzten zehn Jahren ist das Thema der sozialen und Menschenrechte für irreguläre Migranten aufgekommen. Aber die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland verfolgten und verfolgen eine strikte Linie der Bekämpfung irregulärer Migration. Soziale und humanitäre Verpflichtungen werden zwar erwähnt, aber in den Verantwortungsbereich der Zivilgesellschaft, der Kirchen und Wohlfahrtsverbände verwiesen. Diese Organisationen kümmern sich um die Probleme, klagen aber darüber, dass der Staat sich seiner humanitären und menschenrechtlichen Verpflichtungen entziehen will. Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern unter anderem eine offenere Zuwanderungspolitik in den Bereichen der Familienzusammenführung, der Aufnahme von Flüchtlingen und der Beschäftigung. Durch das Anbieten legaler Möglichkeiten soll die Nachfrage nach irregulärer Einwanderung verringert werden. Weiterhin wird gefordert, dass die Mitteilungspflicht öffentlicher Stellen abgeschafft werden soll, weil sie vor allem die Verletzlichkeit erhöht und die soziale und rechtliche Situation irregulärer Zuwanderer beeinträchtigt. Weitere Vorschläge beinhalten die Rücknahme der rechtlichen Einstufung irregulärer Einreise und Aufenthalte als Straftat und die gesetzliche Klarstellung, dass humanitär motivierte Hilfe für irreguläre Migranten nicht strafrechtlich verfolgt wird.

Auf der anderen Seite betonen die für die Migrationspolitik politisch verantwortlichen Innenpolitiker ausschließlich die Notwendigkeit einer Bekämpfung und Eindämmung irregulärer Migration durch eine schärfere Migrationskontrolle. Diese Haltung wird unter anderem mit dem Argument gerechtfertigt, dass sich jeder an Gesetze halten müsse, dass durch eine nachträgliche Legalisierung des Aufenthaltes neue Anreize für irreguläre Einreisen gesetzt würden und irreguläre Migranten für Gesetzesverstöße belohnt würden; dass nur das konsequente repressive Handeln den Menschenhändlern und –schmugglern das Handwerk legen könne. Auch auf der europäischen Bühne fordert und unterstützt Deutschland eine mehr kontrollorientierte und weniger offene europäische Migrationspolitik. Zugleich ist es aber auch so, dass die humanitäre Lage irregulärer Migranten Gegenstand parlamentarischer Anhörungen auf nationaler und Länderebene war. Auf nationaler Ebene wird inzwischen zumindest im Bereich der Kinderrechte anerkannt, dass eine humanitäre Lösung nötig ist. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat inzwischen klar gestellt, dass nach dem Schulrecht von NRW Schulen bei der Einschulung den Aufenthaltsstatus nicht abfragen und auch nicht an die Ausländerbehörden weiter geben dürfen. Allerdings ist NRW bisher das einzige Bundesland mit einer so klaren und eindeutigen Regelung. Die meisten anderen Bundesländer verpflichten die Schulen dazu, den Aufenthaltsstatus der Schüler zu ermitteln und bei Ungereimtheiten an die Ausländerbehörden zu melden. Die Städte München, Köln oder Bremen haben wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben, um Informationen zur sozialen und humanitären Lage von Bewohnern ohne regulären Aufenthaltsstatus zu erhalten. Dort wurden auch bereits erste Schritte unternommen, um die Notlage irregulärer Zuwanderer abzumildern, etwa im Bereich des Zugangs zur Gesundheitsversorgung oder des Rechtsschutzes.

Das Thema irreguläre Zuwanderung ist in Deutschland seit langem von Bedeutung, steht aber auf der politischen Tagesordnung nicht an erster Stelle. Gegenwärtig besteht der Eindruck, dass Staat und die Gesellschaft sich mit irregulärer Zuwanderung in Deutschland abfinden. Die Politik verfolgt eine restriktive und auf Abwehr ausgerichtete Politik, wohingegen zivilgesellschaftliche Akteure sich über die Nebenfolgen und das Versagen dieser Politik sorgen. Aber die auf lokaler Ebene auftretenden Schwierigkeiten bei der Umsetzung humanitärer Maßnahmen und die beharrliche Öffentlichkeitsarbeit von Menschenrechtsorganisationen könnten langfristig dazu führen, den Spielraum für einen humanitären Umgang mit irregulärer Zuwanderung zu erweitern. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, des Arbeitskräftebedarfs und der zunehmenden transnationalen Familienstrukturen hängt die weitere Entwicklung der irregulären Zuwanderung eng mit der zukünftigen Gestaltung der Zuwanderungspolitik zusammen. Wenn die politisch Verantwortlichen trotz eines ansteigenden Bedarfs nach legalen Zuwanderungsmöglichkeiten mit einer restriktiven Politik fortfahren, wird Deutschland mit zunehmender irregulärer Zuwanderung konfrontiert sein. Damit wird eine Kluft zwischen dem erklärten politischen Ziel restriktiver Einwanderungspolitik und der gesellschaftlichen Wirklichkeit irregulärer Zuwanderung entstehen, die zu hitzigen Debatten mit fremdenfeindlichen Tonlagen Anlass geben wird. Eine aufgeklärte Zuwanderungspolitik würde nicht stets der Migrationskontrolle Priorität einräumen, sondern auf die Interessen der an der irregulären Migration beteiligten Akteure eingehen. Die Suche nach pragmatischen Lösungen würde sich für Migranten und die Aufnahmegesellschaften günstiger auswirken als die Nutzung der Migrationskontrollproblematik als ideologisches Kampffeld. Eine kommende und intensivierte Forschung über die Ursachen, Hintergründe und Prozesslogiken irregulärer Migration könnte mit ihren Befunden dazu einen Beitrag leisten.

### **Weitere Informationen**

Der vollständige Bericht zu Deutschland von Norbert Cyrus ist verfügbar unter <http://www.eliamep.gr/en/category/migration/>

Lesen Sie auch die Kurzinformationen und die vollständigen Berichte zu den anderen 14 Ländern im Rahmen des CLANDESTINO-Projektes: <http://www.eliamep.gr/en/category/migration/>.



Kontakt für Nachfragen: Norbert Cyrus, Hamburger Institut für Sozialforschung

Email: [Norbert.cyrus@his-online.de](mailto:Norbert.cyrus@his-online.de)